

2006 -12- 14



Parlamentsfraktion

Anton Heinzl
Abgeordneter zum Nationalrat
Prandtauerstraße 4
3100 St. Pölten

Beate Schasching
Abgeordnete zum Nationalrat
Steinriedlgasse 298
3040 Neulengbach

An die Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
A-1017 Wien

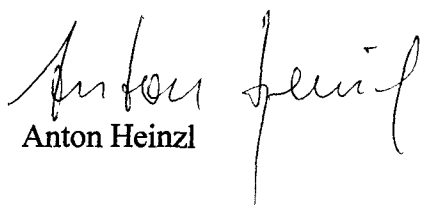
St. Pölten, am 4. Dezember 2006

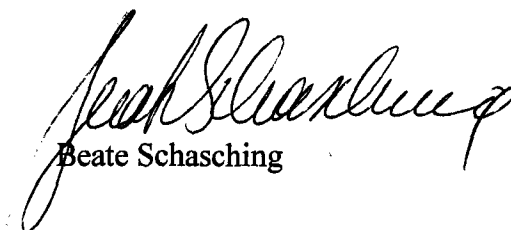
Petition gegen die Demontage von Postkästen durch die Post AG und für die Novellierung des Postgesetzes zur flächendeckenden Sicherstellung der Österreicherinnen und Österreicher mit Postdienstleistungen

Sehr geehrte Frau Präsident!

In der Anlage überreichen wir die Petition "gegen die Demontage von Postkästen durch die Post AG und für die Novellierung des Postgesetzes zur flächendeckenden Sicherstellung der Österreicherinnen und Österreicher mit Postdienstleistungen " im Sinne des § 100 Abs. 1 Z 1 GOG mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen


Anton Heinzl


Beate Schasching

Anlagen: wie oben erwähnt

Petition gegen die Demontage von Postkästen durch die Post AG und für die Novellierung des Postgesetzes zur flächendeckenden Sicherstellung der Österreicherinnen und Österreicher mit Postdienstleistungen

Mitte November 2006 hat die Post AG österreichweit unangekündigt 2800 Briefkästen abmontiert. Insgesamt fehlt seitdem fast jeder siebente der 20.506 Briefkästen. Rund die Hälfte der abmontierten Kästen wurde in Niederösterreich und Wien abgenommen.

Nach der Schließung von 313 Postämtern in den letzten Jahren NÖ fehlen damit zusätzlich 705 von zuvor 6250 Postkästen. In Wien wurden 676 von knapp 2000 Kästen abmontiert. In OÖ wurden 432 entfernt, in Kärnten 162, in Salzburg 173, in der Steiermark 360, in Tirol 163 und selbst in Vorarlberg 116. Nur im Burgenland hat man lediglich 13 Einwurfboxen abmontiert. Laut Aussage der Post AG hätte man in neuen, wachsenden Siedlungsgebieten auch neue Briefkästen neu montiert. Tatsächlich sind das in NÖ gerade 21 neue Kästen, also etwa 0,1 Prozent der ursprünglichen Anzahl.

Die Demontage von hunderten Postkästen widerspricht nicht nur dem öffentlichen Versorgungsauftrag der Post, es ist auch ein Anschlag auf die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden. Allein in der Landeshauptstadt St. Pölten fehlen seit dieser Nacht-und-Nebel-Aktion der Post 30 Briefkästen. Die Bevölkerung wurde von der bevorstehenden Aktion in keiner Weise unterrichtet. Selbst die Bediensteten der Postämter wussten offensichtlich nichts von der Aktion und konnten damit die verärgerten Postkunden nur auf eine (in kurzer Zeit überlastete) Beschwerdeline verweisen.

In anderen Bundesländern gab es entsprechende Vorstöße, die durchaus Erfolg versprechend sind. Aus Oberösterreich hört man bereits, dass ursprünglich abmontierte Briefkästen nach Protesten der Gemeinden und der Bevölkerung wieder angebracht werden. In Oberösterreich hat sich auch der Landeshauptmann dezidiert gegen die Demontageaktion ausgesprochen. Vom NÖ Landeshauptmann Pröll war dazu leider noch nichts zu hören, hier schaut man der Zusperr- und Demontagepolitik der Post weiter tatenlos zu.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, durch eine Novelle des Postgesetzes die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistung wieder sicherzustellen. Die Novelle ist so zu gestalten, dass alle Schließungen von Postämtern seit dem Jahr 2001 einer nochmaligen Bedarfs- und Nutzenanalyse auf Basis des öffentlichen Versorgungsauftrags der Post zu unterziehen sind. Ausgehend von dieser Analyse ist die Wiedereröffnung von Postämtern und die Wiedermontage von Briefkästen in Absprache mit den Gemeinden und der betroffenen Bevölkerung zu prüfen.

Anton Heinzl

Beate Schasching